

N i e d e r s c h r i f t

der 2. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschusses
am Dienstag, dem 14.06.2011,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 22:28 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser
Herr Gerhard Merz
Herr Christopher Nübel
Herr Dr. Christoph Weinrich

(in Vertretung für Stv. Persch)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Klaus Peter Möller
Herr Thiemo Roth
Herr Dieter Scholz

Ausschussvorsitzender

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe
Herr Martin Klußmann

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Hans Heller

Außerdem:

Frau Ika Veronika Bordasch	SPD-Fraktion
Frau Dr. Ulrike Krautheim	SPD-Fraktion
Herr Mehmet Tanriverdi	SPD-Fraktion
Frau Dorothe Küster	CDU-Fraktion
Frau Christine Wagener	CDU-Fraktion
Frau Dr. Bettina Speiser	Fraktion B'90/Die Grünen
Herr Heiner Geißler	FW-Fraktion
Herr Jonas Ahlgrimm	Die Linke.Fraktion

(bis 20:50 Uhr)

Herr Dr. Martin Preiß	FDP-Fraktion
Herr Christian Oechler	Piraten-Fraktion
Herr Martin Simons	Piraten-Fraktion
Herr Michael Janitzki	Fraktion LB / BLG
Frau Elke Koch-Michel	Fraktion LB / BLG

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(bis 20:00 Uhr)
Herr Harald Scherer	Stadtrat	
Herr Burkhard Schirmer	Stadtrat	(bis 22:20 Uhr)

Von der Verwaltung:

Frau Julia Thon	Dezernat I	
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	
Herr Dietrich Metz	Leiter des Rechtsamtes	
Herr Clemens Abel	Leiter des Tiefbauamtes	(bis 20:00 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schriftführer
-------------------	---------------

Gäste/Sachverständige:

Herr Stefan Becker	Breitband Gießen GmbH	(zu TOP 2 und 3)
Herr Peter Ludwig	Breitband Gießen GmbH	(zu TOP 2 und 3)
Herr Hans Otto Gerhard	Landkreis Gießen	(zu TOP 2 und 3)

Entschuldigt:

Herr Oliver Persch	SPD-Fraktion
--------------------	--------------

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei der Stv. Eibelshäuser für die Leitung der Sitzungen des Ausschusses in der vergangenen Wahlperiode.

Der **Vorsitzende** heißt die Vertreter der Breitband Gießen GmbH sowie Herrn Gerhard vom Landkreis Gießen willkommen und schlägt vor, den TOP „Flächendeckender Breitbandausbau“, STV/0138/2011, in der Tagesordnung nach vorn zu ziehen. **Stv. Dr. Preiß**, FDP-Fraktion, beantragt, den thematisch im Zusammenhang stehenden TOP „Beseitigung der Breitband-Unterversorgung“, STV/0133/2011, auch am Anfang zu behandeln.

Beides findet allgemeine Zustimmung.

Ebenfalls zur Tagesordnung weist der **Vorsitzende** daraufhin, dass es einen Nachtrag vom 06.06.2011 mit dem Punkt „*Nachtragshaushalt 2011*“, STV/0098/2011, gibt.

Weiterhin informiert er, dass ein „*Dringlichkeitsantrag betreffend Schließung Kaufhof*“ der CDU-Fraktion vom 13.06.2011 vorliegt.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, begründet die Dringlichkeit mit den aktuellen Verlautbarungen des Kaufhofes.

Gegen die Dringlichkeit erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Merz beantragt, einen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum gleichen Thema auf die Tagesordnung zu nehmen und schlägt vor, die beiden Anträge zusammen zu behandeln.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Wagener zieht für die CDU-Fraktion den Antrag „*Vergünstigung der E-Card auch für Inhaber der Juleica*“, STV/0021/2011, zurück, da die Bürgermeisterin im Sozialausschuss den gewünschten Bericht zugesagt hat.

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, bittet, den „*Berichts Antrag betreffend Haushaltssperre*“, STV/0157/2011, in der Tagesordnung zum „*Nachtragshaushalt 2011*“, STV/0098/2011, zu nehmen.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Der **Vorsitzende** informiert, dass der Antrag „*Städtebaulicher Vertrag*“, STV/0070/2011, nach Auskunft des Verfassers der Vorlage nur irrtümlich als nichtöffentlich gekennzeichnet wurde und öffentlich behandelt werden kann, was im Bauausschuss auch bereits geschehen sei.

Stv. Janitzki spricht gegen die nichtöffentliche Behandlung der Vorlage „*Kreditaufnahme*“, STV/0003/2011.

Der **Vorsitzende** lässt über den in dieser Vorlage enthaltenen Antrag des Magistrats auf nichtöffentliche Behandlung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, beantragt, den TOP „Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Wahlbeamten“, STV/0106/2011, aus rechtlichen Gründen um eine Sitzungsrunde zurückzustellen.

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, bittet um Rechtsauskunft, ob die Zurückstellung zum „Verschwinden“ des Antrags führt (§ 26 Ziff. 7 GOStvV), da sie den Antrag schon einmal zurückgestellt habe.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich antwortet, eine weitere Zurückstellung sei zulässig, vor allem, da es voraussichtlich eine Mehrheit für den Antrag gebe.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag auf Zurückstellung wird einstimmig beschlossen (Ja: SPD/GR/FW; StE: CDU).

Der Vorsitzende lässt über die Anträge des Magistrats auf nichtöffentliche Behandlung der Vorlagen über Ver- und Ankäufe von Grundstücken abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie wird in der geänderten Form genehmigt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Beseitigung der Breitband-Unterversorgung in den Stadtteilen Allendorf, Lützellinden, Petersweiher und Rödgen durch Gewährung von Beihilfen gemäß der "Richtlinie zur Förderung der Breitbanderschließung in ländlichen Gebieten" (Breitbandrichtlinie)
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2011 - STV/0133/2011
3. Flächendeckender Breitbandausbau im Landkreis Gießen - Beteiligung an der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen GmbH
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2011 - STV/0138/2011
4. Wahl von fünf stimmberechtigten sachkundigen Einwohner/innen und deren Stellvertretern/innen für die Sportkommission
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2011 - STV/0111/2011

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 5. | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen
- Antrag des Magistrats vom 16.02.2011 - | STV/0004/2011 |
| 6. | Endausbau der Straße Zu den Mühlen, Bau eines verbindenden Platzes an dieser Seite der Rodheimer Straße und Endausbau der Bootshausstraße
Bau einer Unterführung und Erneuerung Dammstraße (teilweise)
Umgestaltung des Einmündungsbereiches Lahnstraße in die Rodheimer Straße
Neugestaltung des Lahnuferbereiches
Förderantrag im RWB-EFRE-Programm Hessen 2007-2013 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE);
hier: Projektgenehmigung mit Bau- und Finanzierungsbeschluss und Zustimmung zum Förderantrag im RWB-EFRE-Programm Hessen 2007-2013
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2011 - | STV/0086/2011 |
| 7. | 5. Bericht über die Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung Gießen nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG)
- Antrag des Magistrats vom 18.05.2011 - | STV/0108/2011 |
| 8. | Nachtragshaushaltssatzung 2011
- Antrag des Magistrats vom 17.05.2011 - | STV/0098/2011 |
| 9. | Berichts-antrag betreffend Haushaltssperre
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2011 - | STV/0157/2011 |
| 10. | Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 65 -
- Antrag des Magistrats vom 17.03.2011 - | STV/0008/2011 |
| 11. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2010 bis 10.000,00 €
- Antrag des Magistrats vom 10.05.2011 | STV/0073/2011 |
| 12. | Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2011 - | STV/0136/2011 |

13. Ankauf von Teilflächen eines Grundstücks der Gemarkung Gießen Flur 6 Nr. 131/15
- Antrag des Magistrats vom 23.05.2011 - STV/0130/2011
14. Vergünstigungen der E-Card auch für Inhaber der Juleica
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2011 - STV/0021/2011
15. Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Wahlbeamten;
hier: Änderung der Hauptsatzung
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 16.05.2011 - STV/0106/2011
16. Schaffung von zusätzlichen politischen Stellen
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 16.05.2011 - STV/0107/2011
17. Einführung eines "Ideen- und Qualitätsmanagements"
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.05.2011 - STV/0146/2011
18. NS-Vergangenheit kommunaler Mandatsträger/-innen erforschen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.05.2011 - STV/0161/2011
19. Verbot des NPD-Aufmarsches in Gießen am 16.07.2011
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.05.2011 - STV/0163/2011
20. Plakatierung in Wahlkampfzeiten
- Antrag der FW-Fraktion vom 24.05.2011 - STV/0164/2011
21. Dringlichkeitsantrag betreffend Schließung Kaufhof
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.06.2011 -
- 21.1. Dringlichkeitsantrag zur beabsichtigten Schließung der Kaufhof-Filiale in Gießen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2011 -
22. Städtebaulicher Vertrag zur Bebauung der Grundstücke in Gießen, Flur 3, Nr. 94/7, 94/11 u. 94/13 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Berliner Platz" mit einem Lichtspielhaus
- Antrag des Magistrats vom 10.05.2011 - STV/0070/2011
23. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Beseitigung der Breitband-Unterversorgung in den Stadtteilen Allendorf, Lützellinden, Petersweiher und Rödgen durch Gewährung von Beihilfen gemäß der "Richtlinie zur Förderung der Breitbanderschließung in ländlichen Gebieten" (Breitbandrichtlinie) - Antrag des Magistrats vom 24.05.2011 - STV/0133/2011

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, die erforderlichen Schritte zur Beseitigung der Breitband-Unterversorgung in den Stadtteilen Allendorf, Lützellinden, Petersweiher und Rödgen gemäß der „Richtlinie zur Förderung der Breitbanderschließung in ländlichen Gebieten“ in die Wege zu leiten und hierfür insbesondere

1. Fördermittel beim Land Hessen (Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen) zu beantragen,
2. die Breitbandanbieter Telekom und OR Network unter Gewährung von Beihilfen gemäß nachstehender Tabelle mit dem erforderlichen Breitbandausbau zu beauftragen.

Unter-versorgter Stadtteil	Breitband-Anbieter	Angebotene Technologie	Zu gewährende Beihilfe	Davon Förderanteil des Landes	Verbleibender Eigenanteil der Stadt
Allendorf	Telekom	DSLAM	< 53.000 € ¹⁾	< 31.800 € ¹⁾	< 21.200 € ¹⁾
Lützellinden	Telekom	DSLAM	63.910 €	38.346 €	25.564 €
Petersweiher	OR Network	Funk	22.965 €	13.779 €	9.186 €
Rödgen	Telekom	DSLAM	< 60.125 € ¹⁾	< 36.075 € ¹⁾	< 24.050 € ¹⁾
Summe			< 200.000 €	< 120.000 €	< 80.000 €

¹⁾ Die für den Ausbau von Rödgen und Allendorf angebotenen Ausbauvorschläge waren unbefriedigend und insofern nachzuverhandeln. Die Kosten lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Sie werden zur Beschlussfassung nachgeliefert. Die genannten Zahlen sind Schätzungen, die auf den unbefriedigenden Angeboten basieren. Sie gelten als Obergrenze.“

Stadtrat Scherer legt eine Ergänzung zur Vorlage mit einer aktualisierten Berechnung vor, aus der sich ein für die Stadt verbleibender Eigenanteil in Höhe von 72.859 € errechnet. (Sie ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Stv. Oechler, Piraten-Fraktion, fragt, ob eine Bedarfsanalyse vorgelegt werden könne.

Stadtrat Scherer sagt zu, diese bis zur Stadtverordnetensitzung nachzureichen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3. Flächendeckender Breitbandausbau im Landkreis Gießen - STV/0138/2011
Beteiligung an der Beteiligungsgesellschaft Breitband
Gießen GmbH
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2011 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 51 Nr. 11 HGO

1. die Gründung der / Den Beitritt zur ‚Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH‘ auf der Basis des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrages
2. den Beitritt zur ‚Breitband Gießen GmbH‘ auf der Basis des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrages
3. Das erforderliche Stammkapital für die ‚Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH‘ sowie die ‚Breitband Gießen GmbH‘ in Höhe von insgesamt max. 1.400,00 € wird bereit gestellt.
4. Für den aus der Geschäftstätigkeit der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH resultierenden allgemeinen Verwaltungsaufwand werden im Haushalt 2011 420,00 € bereit gestellt.

Ziffer 1 und 2 werden nur dann vollzogen, wenn eine vertragliche Bindung der Telekom an die Breitband Gießen GmbH erreicht wird. Hinsichtlich dieser grundlegenden Voraussetzung einer vertraglichen Bindung des Carriers werden folgende Zielgrößen bei der Vertragsgestaltung vorausgesetzt:

- Flächendeckende Vermietung der bestehenden Netze
- Flächendeckender Zugriff auf bestehende Einrichtungen und Netze der Telekom
- Offenes Netz für weitere Carrier (direkte Anmietung möglich)
- Lange Laufzeit (Größenordnung 15 Jahre).“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz begründet den Antrag. Die Beteiligung biete eine Chance der interkommunalen Zusammenarbeit und sei als Ergänzung zu der zuvor beschlossenen Maßnahme zu sehen.

Herr Becker, Breitband Gießen GmbH, und **Herr Gerhard**, Beteiligungsmanagement des Landkreises Gießen, stellen das Geschäftsmodell der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation vor. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Fragen der Stadtverordneten Koch-Michel, Bordasch, Simons, Möller, Dr. Preiß, Roth, Grothe und Janitzki werden von Herrn Becker und Herrn Gerhard beantwortet.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; StE: CDU).

4. Wahl von fünf stimmberechtigten sachkundigen Einwohner/innen und deren Stellvertretern/innen für die Sportkommission **STV/0111/2011**
- Antrag des Magistrats vom 24.05.2011 -

Antrag:

„Als sachkundige Einwohner/innen und ihre Stellvertreter/innen für die Sportkommission werden gewählt:

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.“

Stellvertreter/innen:

Der **Vorsitzende** weist daraufhin, dass folgender Wahlvorschlag des Sportkreises vorliegt:

„ **Bürgervertreter/in:**

1. Greilich Dr., Klaus Dieter
Hügelstr. 2, 35398 Gießen
2. Müller, Walter
Eichendorffring 127, 35394 Gießen
3. Wilm, Andreas
Mühlhäuser Str. 9, 35396 Gießen
4. Zirkler, Bernhard
Goethestr. 10, 35390 Gießen
5. Schöffmann, Stefan
Geraerstr. 1, 35396 Gießen

Stellvertreter/in:

- Küper, Ewald
Waldweide 35, 35398 Gießen
- Krüger Dr., Karsten
Grünberger Str. 9, 35390 Gießen
- Kraus, Gerd
Wolfstraße 26, 35394 Gießen“

Der **Vorsitzende** gibt weiterhin bekannt, dass von der Fraktion Linkes Bündnis / Bürgerliste Gießen folgender zweiter Wahlvorschlag eingereicht wurde:

„**Stimmberechtigte Mitglieder:**

- Mohr, Henry
Georg-Edward-Str. 30, 35398 Gießen
- Appel, Helmut
Weserstraße 15, 35390 Gießen“

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Koch-Michel, Merz, Bordasch und Wagener. Es entsteht Einvernehmen, mit dem Sportkreis Kontakt aufzunehmen und zu versuchen, einen einheitlichen Wahlvorschlag zu erreichen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

5. **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen** STV/0004/2011
- Antrag des Magistrats vom 16.02.2011 -

Antrag:

„Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen wird beschlossen.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, beantragt die Zurückstellung der Vorlage um eine Sitzungsrunde.

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, begrüßt dies und bittet, dass der Magistrat bei der erneuten Vorlage eine ausführlichere Begründung liefert.

Beratungsergebnis:

Die Zurückstellung wird mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, GR; Nein: CDU, FW).

6. **Endausbau der Straße Zu den Mühlen, Bau eines verbindenden Platzes an dieser Seite der Rodheimer Straße und Endausbau der Bootshausstraße** STV/0086/2011
Bau einer Unterführung und Erneuerung Dammstraße (teilweise)
Umgestaltung des Einmündungsbereiches Lahnstraßen in die Rodheimer Straße
Neugestaltung des Lahnuferbereiches
Förderantrag im RWB-EFRE-Programm Hessen 2007-2013 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE);
hier: Projektgenehmigung mit Bau- und Finanzierungsbeschluss und Zustimmung zum Förderantrag im RWB-EFRE-Programm Hessen 2007-2013
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2011 -

Antrag:

- „1. Dem Endausbau der Straße Zu den Mühlen und dem Bau eines Platzes an der Rodheimer Straße wird auf der Grundlage der vorgelegten Gestaltungsentwürfe zugestimmt.
2. Dem Umbau des Einmündungsbereiches Lahnstraße in die Rodheimer Straße wird auf der Grundlage des vorgelegten Gestaltungsentwurfes zugestimmt.
3. Der Neugestaltung des Lahnufersbereiches nördlich und südlich der Rodheimer Straße mit dem Mühlengarten wird auf der Grundlage des vorgelegten Gestaltungsentwurfes zugestimmt.
4. Dem Endausbau der Bootshausstraße wird auf der Grundlage des vorgelegten Straßenentwurfes zugestimmt.
5. Dem Bau einer Bahnunterführung auf der Höhe der Dammstraße und dem Umbau der Dammstraße bis zur Steinstraße wird auf der Grundlage der vorgelegten Entwürfe zugestimmt.
6. Der Beantragung von Fördergeldern im RWB-EFRE- Programm für die unter Antragspunkt 1 bis 4 genannten Maßnahmen in Höhe von 1.923.586,68 Euro im laufenden Programmjahr 2011 wird zugestimmt.“

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Janitzki, Dr. Preiß, Koch-Michel, Heller sowie Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz sagt zu, bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.06.2011 zu prüfen, ob die im vorliegenden Antrag genannten Kosten im Einklang mit dem in der Vorlage STV/3008/2010 festgelegte Budget stehen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. **5. Bericht über die Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung Gießen nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) - Antrag des Magistrats vom 18.05.2011 -** **STV/0108/2011**
-

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Personalentwicklung nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Dienststellen ‚Verwaltung‘ und ‚Amt für Brand- und Bevölkerungsschutz‘ sowie für den Eigenbetrieb ‚Mittelhessische Wasserbetriebe (MWB)‘ zur Kenntnis.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

Der **Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 8 und 9 zur gemeinsamen Beratung auf.

8. **Nachtragshaushaltssatzung 2011 - Antrag des Magistrats vom 17.05.2011 -** **STV/0098/2011**
-

Antrag:

„Die als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltssatzung 2011 wird gemäß §§ 114a ff. HGO beschlossen.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erläutert kurz die Vorlage. Die Änderung der ursprünglichen Haushaltssatzung 2011 betreffe nur deren § 4, d.h. die Erhöhung des Höchstbetrags des Kassenkredits um 10 Mio. € auf 50 Mio. €.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Heller, Janitzki, Grothe, H. Geißler, Merz, Möller und Koch-Michel.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR; StE: FW).

**9. Berichtsantrag betreffend Haushaltssperre
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2011 -**

STV/0157/2011

Antrag:

„Die Oberbürgermeisterin und Kämmerin als zuständige Dezernentin wird gebeten, bis zur kommenden Sitzung zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen.

1. Wie konnte es dazu kommen, dass im beschlossenen Haushalt 2011 der Rahmen der benötigten Kassenkredite zu gering festgesetzt wurde?
2. Welche Auswirkungen hat die Haushaltssperre auf den Haushaltsvollzug, insbesondere auf begonnene/abgeschlossene Ausschreibungen, Planungen und Auftragsvergaben im Baubereich?
3. Welche Auswirkungen hat die Haushaltssperre für Bau-, Umbau- und Sanierungsarbeiten der Gießener Schulen und welche Schulen und Maßnahmen sind durch die Haushaltssperre betroffen?
4. Welche Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die in den Schulferien angegangen werden sollten, werden auf Grund der Haushaltssperre verschoben und wie sollen die Auswirkungen auf den laufenden Unterricht minimiert werden?
5. Welche Initiativen im Kulturbereich sind durch die Haushaltssperre betroffen und mit welchen Änderungen bei der Planung und/oder Durchführung von Veranstaltungen/Ausstellungen muss in Folge der Haushaltssperre gerechnet werden?
6. Wie wirkt sich die Haushaltssperre auf die Sportförderung aus und welche Sportvereine sind davon betroffen.
7. Welche nicht durch Verträge oder Satzungen gesicherten Initiativen und Vereine/Verbände müssen mit Auswirkungen wegen der verkündeten Haushaltssperre rechnen?“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

10. **Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 65 -** **STV/0008/2011**
- Antrag des Magistrats vom 17.03.2011 -
-

Antrag:

„Haushaltsjahr 2011:

Bei dem Kostenträger 0101100300/Invest.-Nr.: 652009040 - Anbau/Umbau KiTa Rödgen - wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von

30.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus

Kostenträger 0101100300/Invest.-Nr.: 652011003 - Sanierung Altbau KiTa Rödgen.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

11. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2010 bis 10.000,00 €** **STV/0073/2011**
- Antrag des Magistrats vom 10.05.2011
-

Antrag:

„Die beigefügte Auflistung der gemäß 2.8.1 der Bemerkungen und Anweisungen zum Haushaltsplan genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2010 geben wir zur Kenntnis. Die einzelnen Vorgänge können auf Wunsch in der Kämmerei - Abteilung Finanzwesen - eingesehen werden.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

12. **Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 66 -** **STV/0136/2011**
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2011 -
-

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1264010100/Invest.-Nr.: 662011010 - Breitbandausbau - wird eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von

200.000,00 Euro

genehmigt.

Deckung aus

Kostenträger 1266010100, Inv.-Nr.: 662009051 - Umgestaltung Berliner Platz/Ostanlage -	100.000,00 Euro
Kostenträger 1373010400, Inv.-Nr.: 662010005 - Durchlass Mühlgraben, Allendorf)	50.000,00 Euro
Kostenträger 1264010100, Inv.-Nr.: 662009011 - Verkehrliche Erschließung Ortserweiterung Wieseck -	50.000,00 Euro."

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, fragt zum Deckungsvorschlag „Verkehrliche Erschließung Ortserweiterung Wieseck“, welche konkrete Maßnahme aufgrund der Haushaltssperre in diesem Jahr nicht mehr erfolgt.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz antwortet, die Auskunft werde nachgereicht.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

13. Ankauf von Teilflächen eines Grundstücks der Gemarkung Gießen Flur 6 Nr. 131/15 - Antrag des Magistrats vom 23.05.2011 - **STV/0130/2011**

Antrag:

„Dem Ankauf einer bebauten Teilfläche von ca. 68 m² und einer unbebauten Teilfläche von ca. 13 m² aus dem Bahngrundstück Gemarkung Gießen Flur 6 Nr. 131/15 von der **Deutschen Bahn AG, vertreten durch die DB Service Immobilien GmbH, Camberger Straße 10, 60327 Frankfurt/Main**, wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

1. Der Kaufpreis beträgt **15.000,00 €**
und wird zur Zahlung fällig nach Eintragung der Auflassungsvormerkung im Grundbuch und Vorlage evtl. erforderlicher Pfandfreigabeerklärung.
2. Die anfallenden Notar- und Grundbuchkosten sowie die Grunderwerbsteuer (insgesamt ca. 900,00 €) und die Vermessungskosten (ca. 1.900,00 €) trägt die Stadt Gießen.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

- 14. Vergünstigungen der E-Card auch für Inhaber der Juleica** **STV/0021/2011**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Vergünstigungen, die Inhabern der Ehrenamtskarte (E-Card) zustehen, auch Inhabern der Juleica zu gewähren sind.“

Beratungsergebnis: Zurückgezogen.

- 15. Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Wahlbeamten;** **STV/0106/2011**
hier: Änderung der Hauptsatzung
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 16.05.2011 -
-

Antrag:

„Die Hauptsatzung der Universitätsstadt Gießen vom 29.04.1993, geändert durch die 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 13.12.2007, wird wie folgt geändert:

§ 2

Magistrat

Der Magistrat besteht aus dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und einem weiteren hauptamtlichen sowie 10 ehrenamtlichen Stadträten.“

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

- 16. Schaffung von zusätzlichen politischen Stellen** **STV/0107/2011**
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 16.05.2011 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, welche begründete Ausnahmeregelung von der Stellenbesetzungssperre besteht, die die Schaffung von drei zusätzlichen Stellen auf Dezernatsebene und die höhere Eingruppierung der Stabsstellen, rechtfertigt.“

Stv. Koch-Michel, Fraktion LB/BLG, begründet den Antrag kurz.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

17. **Einführung eines "Ideen- und Qualitätsmanagements"**
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.05.2011 -

STV/0146/2011

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt ein ‚Ideen- und Qualitätsmanagement‘ einzuführen. Geplant ist ein Instrument, um systematisch und zielgerichtet, Ideen, Anregungen und Verbesserungsvorschläge der Bürgerinnen und Bürger zu erfassen, direkt zu bearbeiten und entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Mit der Einführung des IQM soll der Umgang mit Bürgermeinungen verbessert werden. Nach Inanspruchnahme von Dienstleistungen in unterschiedlichen Ämtern, soll jeder Bürger die Möglichkeit haben, sich unter Nutzung von im Rathaus und allen anderen öffentlichen Stellen der Verwaltung ausliegenden Meinungskarten zu äußern. Die Karten können in der Stadtverwaltung abgegeben oder postalisch an sie gesandt bzw. in speziell dafür vorgesehenen Briefkästen (Bürgerbox) eingeworfen werden. Die Meinungskarte sollte auch auf der Homepage der Stadt Gießen hinterlegt werden.“

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass folgender **Änderungsantrag** der FW-Fraktion vorliegt:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob und wie ein Ideen- und Qualitätsmanagement für die städtische Verwaltung eingeführt werden kann.“

Stv. Dr. Preiß begründet den Antrag der FDP-Fraktion und bittet um Zustimmung.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erläutert, dass es bei der Stadt Gießen bereits verschiedene Maßnahmen im Sinne des gewünschten Qualitätsmanagements gibt.

Stv. Grothe, Fraktion B'90/Die Grünen, bittet die Oberbürgermeisterin, die von ihr angesprochenen aktuellen und geplanten Maßnahmen den Stadtverordneten schriftlich zu geben. Weiterhin beantragt er, im Änderungsantrag der FW-Fraktion das Wort „eingeführt“ durch „verbessert“ zu ersetzen.

Stv. H. Geißler FW-Fraktion übernimmt diese Änderung.

Beratungsergebnis:

Dem geänderten Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: CDU).

18. NS-Vergangenheit kommunaler Mandatsträger/-innen erforschen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.05.2011 -

STV/0161/2011

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen sieht in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit selbst nach mehr als 60 Jahren nach dem Ende des zweiten Weltkrieges eine wichtige gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt deshalb den Magistrat, als ersten Schritt eine seinerzeitige Mitgliedschaft von Oberbürgermeister/-innen, Bürgermeister/-innen, Magistratsmitgliedern, sowie Stadtverordneten, die zwischen 1946 und 1990 ein Mandat inne hatten und vor 1927 geboren wurden, prüfen zu lassen.
3. Mit der Prüfung sollte eine fachlich geeignete, unabhängige Person oder Organisation beauftragt werden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung wird regelmäßig über Zwischenergebnisse informiert. Am Ende der Untersuchung ist dem Parlament ein schriftlicher Abschlussbericht vorzulegen und zu veröffentlichen.“

Stv. Ahlgrimm, Die Linke.Fraktion, trägt die Begründung des Antrags vor.

Stv. Dr. Krauthelm, SPD-Fraktion, stellt folgenden **Änderungsantrag**:

„Der Magistrat wird gebeten zusammenzustellen, wie es um die Verfügbarkeit der Quellen steht und wie hoch Arbeitsaufwand und ungefähre Kosten sein würden, spezifiziert nach einzelnen Arbeitsschritten, wenn

1. *die NS-Mitgliedschaft der Giessener Mandatsträger zwischen 1946 und 1990 geprüft wird, soweit sie vor 1927 geboren wurden,*
2. *die politische Herkunft sowie der gesellschaftliche Hintergrund aller vor 1927 geborener Mandatsträger geprüft wird, insbesondere derjenigen in Magistrat und Parlament zwischen 1946 und 1955,*
3. *in Zusammenarbeit mit der Universität eine Untersuchung erarbeitet wird, die die Wiederherstellung demokratischer Strukturen in Gießen vom Ende des 2. Weltkrieges bis zur Souveränität der BRD (1945 bis 1955) unter besonderer Berücksichtigung der politischen Herkunft der Mandatsträger, aber auch unter Einbeziehung anderer gesellschaftlicher Gruppen darstellt.*

Dies Verfahren sollte über eine summarische Auflistung von Mitgliedschaften hinaus einen substanziellen Beitrag zur Aufhellung der demokratischen Anfänge und ihrer Schwierigkeiten leisten.“

Stv. Ahlgrimm übernimmt den Antrag.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, begrüßt den Änderungsantrag.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

19. Verbot des NPD-Aufmarsches in Gießen am 16.07.2011 STV/0163/2011
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.05.2011 -

Antrag:

„Die Stadt Gießen verbietet der Nazi-Organisation NPD den geplanten Aufmarsch in unserer Stadt am 16.07.2011.“

Stv. Ahlgrimm, Die Linke.Fraktion, begründet kurz den Antrag.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, entgegnet, aus rechtlichen Gründen sei es in dieser Angelegenheit nicht klug, von politischer Seite den Magistrat zu einem bestimmten Verhalten aufzufordern. Die CDU-Fraktion werde deshalb an der Abstimmung nicht teilnehmen.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Oechler, Grothe, Dr. Weinrich, H. Geißler, Dr. Preiß, Janitzki, Merz und Koch-Michel sowie Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; NT: CDU).

20. Plakatierung in Wahlkampfzeiten STV/0164/2011
- Antrag der FW-Fraktion vom 24.05.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, in Abstimmung mit den politischen Parteien und Wählergruppen, die städtische Plakatsatzung so zu überarbeiten, dass einerseits die Information der Wählerinnen und Wähler zur Wahlwerbung für die jeweils anstehende Wahl gewährleistet ist, andererseits durch eine städtische Regelung der übermäßigen Plakatierung in der Stadt Gießen Einhalt geboten wird.“

Stv. H. Geißler, FW-Fraktion, stellt den Antrag aus rechtlichen Gründen (§ 26 Ziff. 6 GOStv) bis zum 28.02.2012 zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt bis 28.02.2012.

Der **Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 21 und 21.1 zur gemeinsamen Beratung auf.

**21. Dringlichkeitsantrag betreffend Schließung Kaufhof
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.06.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, über folgende Fragen bis zur Stadtverordnetenversammlung zu berichten:

- Wann und wie erfuhr der Magistrat von der Entscheidung, die Kaufhof-Filiale in Gießen zu schließen?
- Was unternahm der Magistrat im Vorfeld dieser Entscheidung und welche Aussagen wurden seitens des Unternehmens getroffen?
- Welche Perspektiven sieht der Magistrat für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezüglich vergleichbarer Arbeitsplätze in der Stadt?
- Wie viele Arbeitsplätze gehen durch diese Entscheidung verloren (Teilzeit-/Vollzeit)?
- Was plant der Magistrat wann zu tun, nachdem diese Entscheidung bekannt wurde?“

Stv. Möller erläutert den Berichtsantrag der CDU-Fraktion, **Stv. Nübel** den Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin Stv. H. Geißler und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**21.1. Dringlichkeitsantrag zur beabsichtigten Schließung der Kaufhof-Filiale in Gießen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2011 -**

Antrag:

„Die Warenhäuser sind von enormer Bedeutung für die Innenstädte. Die Gießener Filiale der Galeria Kaufhof ist ein wichtiger Anker des Innenstadthandels, Auftraggeber in der Region und gleichzeitig Arbeitsplatz von über 70 Menschen.

Daher unterstützt die Stadtverordnetenversammlung alle Bemühungen und Aktivitäten des Magistrats, die dem Erhalt des Warenhauses unter Berücksichtigung der nahezu fertiggestellten Neugestaltung der näheren Umgebung des Hauses zu überdenken.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

22. **Städtebaulicher Vertrag zur Bebauung der Grundstücke in Gießen, Flur 3, Nr. 94/7, 94/11 u. 94/13 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Berliner Platz" mit einem Lichtspielhaus** **STV/0070/2011**
- Antrag des Magistrats vom 10.05.2011 -
-

Antrag:

„Der beigefügte städtebauliche Vertrag wird zur Kenntnis gegeben.“

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, fragt, wie hoch der durch das Kinoprojekt entstandene Stellplatzbedarf ist.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz sagt die Antwort für die nächsten Tage zu.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Koch-Michel und Nübel.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

23. **Verschiedenes**

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschusses am 22.08.2011, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) S c h o l z

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h